

Politische Sozialisation und politische Bildung in der Grundschule

(Auszug aus: Gertrud Beck: Politische Sozialisation und politische Bildung in der Grundschule. Frankfurt/M. (Hirschgraben Verlag) 1972, S. 14-16)

[...]

2. Zur Didaktik politischer Bildung in der Grundschule

Didaktik als Theorie der Bildungsinhalte¹ muß die Auswahl und Struktur der zu vermittelnden Inhalte begründen, und zwar auf der Basis einer Analyse der Bedingungen, die Lernen erforderlich machen, determinieren und ermöglichen.

Nach welchen Kriterien eine solche Auswahl im Bereich politischer Bildung erfolgen soll, d.h. welche Ziele für politische Bildung gesetzt werden, hat in der BRD seit 1945 heftige Diskussionen ausgelöst und vielfältige Versuche provoziert, die bisher nur in zwei Punkten übereinstimmen:

- 1 Alle Auswahlkriterien enthalten Zielsetzungen. Die Entscheidung für bestimmte vorrangige Ziele der politischen Bildung ist in jedem Fall gesellschaftlich determiniert. Der Anspruch auf wertfreie Sachgesetzlichkeit verschleiert, daß gesellschaftliche Normen und deren Wertung sowohl durch politische als auch pädagogische Einflußnahme wirksam werden. Zielsetzungen müssen daher offengelegt und permanent reflektiert und überprüft werden.
- 2 Die wissenschaftliche Didaktik befindet sich erst am Anfang ihrer Entwicklung. Zur Didaktik politischer Bildung liegen mehrere Entwürfe vor, die jedoch bisher alle den Charakter von Hypothesen tragen. Undiskutiert anwendbare Konzepte stehen nicht zur Verfügung und sind nicht anzustreben².

Die nachfolgenden Ausführungen zur Didaktik politischer Bildung in der Grundschule können und wollen keinen Überblick über die Gesamtdiskussion bieten. Sie sollen vielmehr die Konsequenzen begründen, die im „Arbeitsbuch zur politischen Bildung in der Grundschule“ aus der didaktischen Diskussion um politische Bildung und aus Ergebnissen der Sozialisationsforschung sowie aus Untersuchungen zur Effektivität des Sozialkundeunterrichts³ gezogen wurden. Sie haben also die Funktion, die getroffene Auswahl der Inhalte und die didaktischen Entscheidungen, die der Darstellungsweise vorangegangen sind, zu begründen.

Im Mittelpunkt politischer Bildung in der Grundschule muß reales gesellschaftspolitisches Geschehen stehen, und zwar nicht im Sinne der Beschreibung von Zuständen, sondern im Sinne der Analyse von Bedingungen und Konsequenzen des jeweiligen Entwicklungsstandes einer Gesellschaft (nicht Institutionenkunde, sondern Prozeßanalyse, nicht Stofforientierung, sondern Problemorientierung) unter Berücksichtigung der Notwendigkeit von Veränderung. Dabei ist die Erkenntnis von Werten, Normen, Ideen, Motiven und Interessen Bestandteil „der Erkenntnis des Objektiven“⁴ und damit Gegenstand von Lernen.

Politische Bildung in der Grundschule hat die Aufgabe, Ungleichheiten und deren gesellschaftliche Ursachen aufzuzeigen und gegenüber Benachteiligung, Ausnutzung und Unterdrückung zu sensibilisieren, d.h., „im Verlauf des Nachweises der empirischen Ungleichheit als einer gesellschaftlich bedingten, für eine Minderheit förderlichen“, muß der Schüler befä-

¹ Blankertz, H., Theorien und Modelle der Didaktik, 5. Aufl. München 1971, S. 13 (im Anschluß an Erich Weniger)

² Es sei auf folgende Zusammenfassung der bisherigen Diskussion um die Didaktik politischer Bildung hingewiesen: Fischer, K.G., Einführung in die Politische Bildung, Stuttgart 1970 – Schmiederer, R., Zur Kritik der Politischen Bildung, Frankfurt/M. 1971 – Hilligen, W., Sozialkunde, in: Pädagogisches Lexikon, Herder-Verlag, Freiburg 1970/71 – Protokoll des Lehrgangs 1799 „Zur Didaktik der politischen Bildung – Entwicklungen und Probleme vom 30.6. – 2.7. 1971, Hess. Institut für Lehrerfortbildung, Kassel 1971

³ Zur Wirksamkeit politischer Bildung, Teil 1. Eine soziologische Analyse des Sozialkundeunterrichts an Volks-, Mittel- und Berufsschulen, Institut für Sozialforschung, Frankfurt/M. 1966 – Teschner, M., Politik und Gesellschaft im Unterricht. Eine soziologische Analyse der politischen Bildung an hessischen Gymnasien, Frankfurt/M. 1968

⁴ Vgl. Fischer, K.G., Einführung in die Politische Bildung, a.a.O., S. 75 (im Anschluß an M. Horkheimer)

higt werden, „für deren Überwindung zu optieren“⁵. Es sind demnach „solche Inhalte ... gegenüber anderen zu bevorzugen, an denen Ungleichheit und Ungleichmäßigkeiten von Abhängigkeiten bündig erkannt werden können, um nach deren ‚Gründen‘ – vor allem also ökonomischen (Eigentum und Verfügungsgewalt) – zwingend fragen zu können“⁶ und auf dieser Grundlage das Bewußtsein der eigenen Lage und der dadurch bestimmten Bedürfnisse und Interessen entstehen zu lassen. Politische Bildung in der Grundschule muß z.B. die Probleme und Interessen von Kindern in unserer Gesellschaft deutlich werden lassen und die besonderen Schwierigkeiten bestimmter sozial benachteiligter Gruppen berücksichtigen.

Deswegen nicht „Grundbedürfnisse: Nahrung, Kleidung, Wohnung“, sondern „In der BRD hat von 5 Kindern ein Kind kein eigenes Bett“.

Wenn man die durch die Sozialisationsforschung nachgewiesenen Anpassungsmechanismen berücksichtigt, dann „hätte in diesem Augenblick allgemeinen Konformismus“ jegliche erzieherische Einflußnahme „vorweg eher die Aufgabe, Widerstand zu kräftigen als Anpassung zu verstärken“⁷. Politische Bildung in der Grundschule müßte also Widerstandsfähigkeit bewirken. Das setzt voraus, daß in der Schule Widerstand z.B. gegen Autoritätsansprüche nicht durch negative Sanktionen abgeblockt, sondern durch Diskussion und Reflexion „bearbeitet“ wird. „Lernprozesse, die politisch bilden, sollen dazu befähigen, daß ‚das Negative, das in der Situation zu ihrer Überwindung aufruft, ... ursprünglich erfahren wird‘, und dies im Zusammenhang mit dem ureigensten Interesse“⁸. Der Vorwurf, daß durch solchen Unterricht zuviel Negatives vermittelt würde, ist ungerechtfertigt. Er läßt die konkrete Erfahrungsbasis der Grundschüler außer acht und ist durch viele Unterrichtsversuche im deutschen und angelsächsischen Sprachraum widerlegt.

„Hilf dem Kind, sich auch in solchen Situationen geborgen zu fühlen, die schwer zu bewältigen sind“, aber „Nutze nicht das Bedürfnis des Kindes nach Geborgenheit dazu aus, daß es ... gehorcht“, fordert F. Vestin⁹. Konflikte sind auch für Kinder permanent gegeben, deshalb muß es darum gehen, das Kind zur selbständigen Konfliktbewältigung zu befähigen, nicht es vor Konflikten zu beschützen. Ziel ist die rationale Auseinandersetzung mit Konflikten, seien es individuelle, seien es politische. Das bedeutet, daß Konflikte und Widersprüche bereits in der Grundschule Gegenstand des Unterrichts sein müssen, das bedeutet aber auch, daß der Unterricht und das Verhalten des Lehrers dem Kind Gelegenheit bieten müssen, Konfliktlösungen in angstfreier Atmosphäre zu üben.

Deswegen nicht „Ohne Ordnung geht es nicht“, sondern eine Vielzahl von Materialien, die Machtverhältnisse aufzeigen, Konflikte schildern, Widersprüche benennen und deutlich werden lassen, „wie viele Leute dazu gebracht werden, das zu tun, was einige wollen“, als Anregung für Konfliktbewältigung in der eigenen Gruppe.

Politische Bildung in der Grundschule soll zur Stellungnahme herausfordern, zum Argumentieren und zum Engagement befähigen. Wenn späteres politisches Verhalten vorbereitet werden soll, dann müssen Handlungsdispositionen grundgelegt werden, die politische Aktivität und Bereitschaft und Fähigkeit zur Mitbestimmung ermöglichen. Dazu bedarf es eines handlungsorientierten Unterrichts, der Solidarisierung von Schülern nicht nur zuläßt, sondern provoziert und ihnen Möglichkeiten bietet, ihre Bedürfnisse und Interessen zu artikulieren und bei der Organisation der Lernprozesse mitzubestimmen.

Deswegen kein bis in Einzelheiten festgelegtes und systematisiertes Lehrprogramm, sondern ein Lern- und Informationsangebot beispielhafter Probleme, das permanent zu selbständigem Weiterarbeiten, zum Ausprobieren in Rollenspiel und Befragung und zum Umstrukturieren je nach Lernintention auffordert.

Politische Bildung in der Grundschule ist notwendig, da sonst Einstellungen geprägt und fixiert werden, die später die Wahrnehmung politischer Sachverhalte filtern und politisches Verhalten steuern. Die Befähigung der Schüler zu rationaler Auseinandersetzung ist möglich, wenn in der Grundschule Erfahrungen der Schüler genutzt und Handlungsmöglichkeiten ge-

⁵ Hilligen, W., in: Protokoll des Lehrgangs 1799, a.a.O., S. 13

⁶ Fischer, K.G., in Protokoll des Lehrgangs 1799, a.a.O., S. 9

⁷ Adorno, Th. W., Becker, H., Erziehung wozu?, in: Neue Sammlung 1967, S. 4, auch abgedruckt in: Erziehung zur Mündigkeit, a.a.O., S. 115

⁸ Fischer, K.G., Einführung in die Politische Bildung, a.a.O., S. 75

⁹ Vestin, F., Alle Macht den Kindern, Handbuch der positiven Kinderindoktrination, Stockholm 1969, deutsche Ausgabe Berlin 1971, S. 118/119

schaffen werden und wenn in der Reflexion eigener Erfahrungen und eigenen Handelns eine kognitive Struktur aufgebaut wird.

J.S. Bruner geht von der Hypothese aus, „daß jeder Stoff jedem Kind in jedem Stadium der Entwicklung in intellektuell redlicher Weise vermittelt werden kann“¹⁰. Aufgabe der Didaktik ist dabei die Reduktion auf eine den zu vermittelnden Inhalten immanente Struktur, die den Erkenntnismöglichkeiten des Kindes entspricht. Mit Hilfe solch allgemeiner Strukturmerkmale muß es dann gelingen, neue Informationen zu erfassen und für neue Aufgaben umzuformen und zu bewerten.

Deswegen an Stelle fremdbestimmter Normvermittlung wie „Du mußt nicht alles haben, was die Werbung anpreist“, Aufbau und Verinnerlichung einer kognitiven Struktur „wie und warum man die Menschen dazu bringt, etwas schön zu finden, etwas haben zu wollen, etwas zu kaufen“ und dadurch Vorbereitung einer Handlungsdisposition, die Selbstbestimmung zuläßt.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich Konsequenzen für die Auswahl von Inhalten und die Organisation von Lernprozessen, die die Befähigung zu aktivem Handeln in Richtung auf eine demokratische Gesellschaft auf der Basis von Selbst- und Mitbestimmung zum Ziel haben. *Lernziele* einer so verstandenen politischen Bildung in der Grundschule müssen deshalb sein:

- die *Sensibilisierung gegenüber Motiven und Interessen* auf der Basis einer antiautoritären Haltung gegenüber jeglichem Informationsträger und auf der Basis der Fähigkeit zu divergierendem Denken;
- die *Befähigung zur Rollendistanz*, die sowohl geglückte Interaktion als auch Verweigerung rollenkonformen Verhaltens ermöglicht;
- die Sensibilisierung gegenüber gesellschaftlich-politischer Ungleichheit, Fremdbestimmung und Ausnutzung oder Schädigung von Menschen;
- die *Befähigung zum Argumentieren* und zum Handeln auf der Basis der Reflexion von Ursachen und Wirkungen;
- die *Befähigung zu kooperativem Handeln* auf der Basis und im Interesse gemeinsamer Bedürfnisse;
- die *Befähigung zur Solidarisierung* mit Benachteiligten und zu solidarischem Handeln.

Diese Lernziele können in der Grundschule selbstverständlich nicht in vollem Umfang verwirklicht werden. Sie haben vielmehr eine Kompaß-Funktion, d.h., sie dienen dazu, die Richtung möglicher Entwicklungen zu bestimmen und Entscheidungskriterien für die Auswahl von Inhalten und die Organisation von Lernprozessen zu liefern. Voraussetzung dafür ist die Bereitstellung von Lernsituationen, die dem Schüler die Möglichkeit bieten, Aggressionen, Unsicherheiten und Mehrdeutigkeiten zu erkennen und zu ertragen und eigenes Verhalten als Gegenstand von Reflexion zu begreifen.

Da am Anfang von Lernprozessen oft die Identifikation mit Bezugspersonen steht, kann der Lehrer Verhaltensänderungen besonders wirksam durch eigenes Verhalten (z. B. Reversibilität der Äußerungen, Toleranz gegenüber Mehrdeutigkeiten, rationale Beurteilung individueller und gesellschaftlicher Konflikte, Begründung und Kritik eigenen Verhaltens, ...) initiieren.

¹⁰ Bruner, J.S., *The Prozess of Education*, Cambridge 1961 S. 33, hier zitiert nach: *Bereitschaft zum Lernen*, in: *Pädagogische Psychologie*, hrsg. von F. Weinert, 3. Aufl., Köln, Berlin 1968, S. 105. Inzwischen ist die gesamte Schrift – in allerdings nicht sehr geglückter – deutscher Übersetzung erschienen: *Der Prozeß der Erziehung*, Berlin, Düsseldorf 1970